

Stephan Lessenich

Ökonomismus zum Wohlfühlen: Gøsta Esping-Andersen und die neue Architektur des Sozialstaats

„[A]ll social welfare schemes are part of a specific historical environment: from the historian's point of view they are neither right or wrong, but simply perspectives into the mind, morality and power structures of a given period.“

Jose Harris (1996: 138)

Die europäischen Wohlfahrtsstaaten durchleben eine Phase weitreichender Veränderungen und Umbrüche. Innerhalb kürzester Zeit ist praktisch überall in Europa das Konzept der „Sozialinvestition“ zum neuen Leitbild sozialpolitischer Intervention erhoben worden. „Investing in people“, Kernstück der gesellschaftspolitischen Programmatik der europäischen Sozialdemokratie, steht nunmehr auch in Deutschland ganz oben auf der sozialpolitischen Agenda. War es zunächst der britische Soziologe Anthony Giddens, der diesbezüglich als wichtigster oder jedenfalls sichtbarster Stichwortgeber ins Rampenlicht der – soweit es sie gibt – europäischen Öffentlichkeit trat (vgl. Giddens 1998), so leuchtet in jüngster Zeit ein neuer Stern am politisch-akademischen Expertenhimmel. Mit dem dänischen Soziologen Gøsta Esping-Andersen ward ein Star der europäischen Politikberatung geboren, dessen kometenhafter Aufstieg alle (jedenfalls hierzulande regelmäßig wiederkehrenden) Unkenrufe über die gesellschaftlich-politische Rat- und Bedeutungslosigkeit der Soziologie nachhaltig Lügen straft.

Bis vor wenigen Jahren nur hauptberuflichen Wohlfahrtsstaatsforschern und -forscherinnen bekannt, ist Esping-Andersen binnen kürzester Zeit zum intellektuellen

Bezugspunkt eines großen Teils jener politischen Akteure geworden, die sich programmatisch einer den gewandelten ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragenden Reform des europäischen Wohlfahrtsstaates verschrieben haben. Offensichtlich gab und gibt es zumal in der europäischen Sozialdemokratie einen dringenden Bedarf an Ideen, die dazu geeignet sind, einen als unumgänglich wahrgenommenen und für viele Menschen mit unbestreitbaren Statusverlusten einhergehenden Umbau des Wohlfahrtsstaates gleichwohl politisch progressiv und gesellschaftlich attraktiv erscheinen zu lassen – und Esping-Andersen war der Überbringer der guten Nachricht. Er ist der lang herbeigesehnte Weise aus dem Akademikerland, dessen Bild von der Architektur eines „neuen Wohlfahrtsstaats“ (Esping-Andersen 2002a) – anders als die herkömmlichen Sachzwanglitaneien und Marktgesellschaftsutopien neoliberaler Ökonomieprofessoren – nicht Angst und Schrecken hervorruft, sondern dazu geeignet ist, sinnstiftend auf die Träger und (so jedenfalls die Hoffnung) Adressaten der sozialpolitischen Restrukturierung zu wirken.

Dem Geheimnis von Gøsta Esping-Andersens Erfolg möchte ich im Folgen-

den etwas genauer nachspüren. Dabei geht es keineswegs um aus (verständlicher) Bewunderung für den oder aber (ebenso nachvollziehbarem) Neid an dem Kollegen geborenen Personenkult. Vielmehr scheint mir Esping-Andersens Projekt einer „neuen Wohlfahrtsarchitektur“ und dessen politische Popularität der ideale Ansatzpunkt zu sein, um – ganz im Sinne des Eingangszitats der britischen Historikerin Jose Harris – einen ersten Einblick zu gewinnen in die Ideenwelt, die Wertvorstellungen und die Machtverhältnisse der gegenwärtigen Sozialreform.

Being Gøsta Esping-Andersen: Im Kopf des Architekten

„Ever wanted to be someone else? Now you can.“ Mit dieser Schlagzeile wurde im Jahr 1999 für Spike Jonzes und Charlie Kaufmans skurrile Kinoproduktion „Being John Malkovich“ geworben, die die Geschichte eines arbeitslosen Puppenspielers erzählt, der in seiner Not einen etwas merkwürdigen Bürojob annimmt und an seinem neuen Arbeitsplatz, hinter einem alten Aktenschrank, die Entdeckung seines Lebens macht: ein Loch in der Wand und einen Tunnel, der direkt in das Hirn von John Malkovich führt. Fasziniert von seinem ersten viertelstündigen Aufenthalt im Kopf des berühmten Schauspielers, verwandelt er seine – offensichtlich süchtig machende – Reiseerfahrung in ein (zumindest zeitweilig) florierendes Privatunternehmen, indem er nach Büroschluss den privilegierten Zugang zum Bewusstsein des Filmstars gegen ein nicht unerhebliches Entgelt auch der interessierten Öffentlichkeit gewährt.

„Ever wanted to be someone else?“ Nun ist es nicht mehr nur im Kino möglich: Gøsta Esping-Andersen ist der „John Malkovich“ des gegenwärtigen politischen Lebens. Vermutlich der bedeutendste Einzelakteur der „kognitiven Harmonisierung“ (Mandin/Palier 2004) der europäischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik,

steht Esping-Andersen der Drehbuchversion von John Malkovich an intellektueller Erotik in nichts nach. Nicht nur jeder einschlägig arbeitende Sozialwissenschaftler, sondern eben auch jeder mit sozialpolitischem Problemstau konfrontierte Politiker würde gern in seinem Kopf stecken und wissen, welche Parole für die internationale Wohlfahrtsstaatsforschung bzw. für die europäische Sozialpolitik der Meisterdenker als nächstes ausgibt. Und verfolgt man die aktuellen Debatten um die „Zukunft des Sozialstaats“ in Deutschland und Europa, so scheint tatsächlich auch jeder von ihnen schon einmal im Inneren des Meisterhirns gewesen oder aber zumindest von jemandem instruiert worden zu sein, der seinerseits bereits dort gewesen ist: Esping-Andersens Analyse der wohlfahrtsstaatlichen Pathologien und seine darauf aufbauenden Politikempfehlungen sind buchstäblich in aller Munde.

Nachdem die EU-Administration Esping-Andersens Expertise bereits vor einiger Zeit schätzen gelernt und sowohl die portugiesische wie die belgische Ratspräsidentschaft mit nicht unerheblicher Resonanz seine Gutachterdienste in Anspruch genommen hatten, sind die Politikberatungsaktivitäten des 1947 geborenen und derzeit an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona tätigen Dänen in jüngster Zeit auch in Deutschland bzw. bei der deutschen Sozialdemokratie angekommen. Bei einer hochkarätig besetzten Parteiklausur in Weimar zu Beginn dieses Jahres hielt Esping-Andersen das zentrale „Impuls-Referat“ und inspirierte die SPD-Oberen mit seiner Vision einer „neuen Architektur“ des Sozialstaats.

Die Grundzüge dieser Vision sind relativ einfach (vgl. Esping-Andersen 2002a): Der demographische und familiale Wandel, der Übergang zu einem „wissensbasierten Produktionssystem“, schließlich auch die „unsichtbare Klassengesellschaft“ der Dienstleistungsökonomie machen ein neues, nämlich investives Verständnis von Sozialpolitik nötig. Die Interventionen des Wohlfahrtsstaates sind

im Sinne von Investitionen in die Produktivität seiner Bürgerinnen und Bürger neu auszurichten – Investitionen, deren Erträge die individuelle *und* gesellschaftliche Wohlfahrt gleichermaßen zu steigern vermögen. Dieses doppelte Ziel wird erreicht, wenn insbesondere in Kinder und Frauen investiert wird. Beide Investitionsstrategien hängen dabei unmittelbar miteinander zusammen. Denn Frauen stellen in den allermeisten Wohlfahrtsstaaten ein noch zu erheblichen Teilen unausgeschöpftes Produktivitätsreservoir dar, dessen Nutzbarmachung eine forcierte Politik der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, sprich einen Ausbau unterschiedlichster Kinderbetreuungangebote, erforderlich macht. Der verstärkte Rückgriff auf extrafamiliale Formen der Erziehung von Kindern im Schul- und Vorschulalter wiederum sorgt – indem die biographisch bedeutsamen Defizite (früh)kindlicher Qualifikationsvermittlung insbesondere bildungsarmer Haushalte auf breiter Basis kompensiert werden – für eine vergleichbare bzw. vergleichbar hohe Humankapitalausstattung der „nachwachsenden Generationen“. Auf diese Weise schlägt der Sozialinvestitionsstaat gleich mehrere gesellschaftspolitische Fliegen mit einer Klappe: Der intergenerationalen Vererbung von familialem Bildungskapital wird entgegen gesteuert, die sozialen Mobilitätschancen von Kindern aus bildungsfernen Haushalten werden damit durchgreifend verbessert; die umfangreichen bereits getätigten gesellschaftlichen Investitionen in die Humankapitalausstattung von Frauen werden in sinnvoller Weise genutzt, damit zugleich auch der Strukturwandel von der industriellen zur postindustriellen Ökonomie vorangetrieben; nicht zuletzt wird der in vielen Haushalten durchaus vorhandene Kinderwunsch (bzw. die Option auf ein zweites oder gar drittes Kind) politisch ermöglicht – und durch die langfristige Zunahme produktiver Beschäftigung von humankapitalreichen Frauen und Kindern (als Erwachsenen) zudem auch

noch das sozialpolitische Megaproblem der zukünftigen Finanzierung der Alterssicherung entschärft.

Esping-Andersens Vorstellung eines solchen sozialinvestiven *virtuous circle* ist hierzulande insbesondere in regierungsnah-„reformorientierten“ Medien wie der Wochenzeitung *DIE ZEIT* als „Politik vom Wickeltisch“ popularisiert worden: „immer geht es bei ihm zuerst um die Familie, um Kinder und Erziehung – und daraus ergeben sich dann Schlussfolgerungen für andere Bereiche“ (Niejahr 2003). Über die Frage, ob es sich hierbei tatsächlich um eine – wie in dem Zitat suggeriert – normative Vorrangstellung von „Familie, Kindern und Erziehung“ in Esping-Andersens Entwurf handelt, lässt sich nun durchaus streiten – ich komme darauf noch zurück. Womit die *ZEIT*-Autorin allerdings ganz offenkundig – um im Bild zu bleiben – schief gewickelt ist, ist die Aussage, „immer“ gehe es bei ihm um 'Frauen und Kinder zuerst'. Dies mag – jedenfalls an der Oberfläche – mittlerweile so sein; es ist jedoch keineswegs „immer“ so gewesen. Lange Zeit nämlich ging es bei Esping-Andersen um ganz andere Dinge: nicht um die Familie, sondern um Klassen; nicht um Kinder, sondern um Männer; nicht um Erziehung, sondern um soziale Rechte. In einem Wort: um die Werkbank statt um den Wickeltisch. Vielleicht ist es sinnvoll, an diese Vorgeschichte kurz zu erinnern.

Gemeinsam mit seinem schwedischen Kollegen Walter Korpi hat sich Gösta Esping-Andersen seit den 1980er Jahren in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung als Vertreter des so genannten Machtressourcen-Ansatzes einen Namen gemacht (vgl. Lessenich 2000). Seine beiden Hauptwerke *Politics against Markets* (1985) und *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (1990) gehen ländervergleichend der Frage nach, welche gesellschaftlichen Akteure, verstanden als Repräsentanten sozialer Klassen bzw. Klassenbewegungen, historisch für welche spezifische Gestalt des modernen Wohl-

fahrtsstaates gekämpft haben – und mit welchem Erfolg. Es sei, so lautet eine zentrale Sentenz in Esping-Andersens Werk, „difficult to imagine that anyone struggled for spending per se“ (1990: 21). In der Geschichte des Wohlfahrtsstaates ging es den handelnden Personen demnach keineswegs bloß darum, Geld auszugeben (oder aber zu sparen), sondern vielmehr um die machtgestützte, in je unterschiedlichen politisch-sozialen Koalitionsbildungen erstrittene Durchsetzung konkurrierender, klassenpolitisch ausdifferenzierter Vorstellungen von einer „guten Gesellschaft“. Die jeweilige Gestalt real existierender nationaler Wohlfahrtsstaaten ist für den „frühen“ Esping-Andersens im Kern ein Ergebnis der Frage, inwieweit es den „arbeitenden Klassen“ historisch gelungen ist, den Staat und dessen Gesetzgebung auf die institutionelle Garantie sozialer Rechte festzulegen – und zwar verstanden als öffentlich gewährter Rechtsanspruch auf marktunabhängige, arbeitsmarktexterne Formen der Existenzsicherung bzw., in Esping-Andersens damaliger spätmarxistischer Terminologie, als Recht auf „De-kommodifizierung“. Diejenigen Wohlfahrtsstaaten, die auf diesem Weg am weitesten vorangeschritten sind und denen es damit gelungen ist, die kapitalistische Klassenstruktur in hohem Maße sozialpolitisch zu konterkarieren (sprich zu „destratifizieren“), bezeichnete Esping-Andersens in seinem modernen Klassiker zu den „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ (vgl. auch ders. 1998) folgerichtig als „sozialdemokratisch“ und grenzte sie idealtypisch von den Marktungleichheiten akzeptierenden „liberalen“ sowie den Statusunterschiede reproduzierenden „konservativen“ Wohlfahrtsstaaten ab. Nun, die Hochzeiten der „De-kommodifizierung“ sind vorbei – in der realen Welt des Wohlfahrtskapitalismus ebenso wie in Esping-Andersens Publikationen. Im Jahr 1990 – der Staatssozialismus war bei Drucklegung wohl noch nicht endgültig zusammengebrochen – definierte Esping-Andersens seine Vorstellung von

der normativen Substanz moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit noch ganz kapitalismusfern: „A minimal [!] definition must entail that citizens can freely, and without potential loss of job, income, or general welfare, opt out of work when they themselves consider it necessary.“ (1990: 23; vgl. ebd.: 35-54.) In seinen jüngsten Veröffentlichungen hingegen nimmt der ideale Wohlfahrtsstaat eine ganz andere Gestalt an, und das *D-word* ist praktisch vollkommen aus Esping-Andersens wissenschaftlichem Vokabular verschwunden. Gewiss, noch immer favorisiert er den sozialdemokratischen (d.h. skandinavischen) Wohlfahrtsstaat strukturell gegenüber dessen (angelsächsischen bzw. kontinentaleuropäischen) Konkurrenten – aber nicht mehr als Ausgeburt des starken Arms der Arbeiterbewegung, sondern nun aus ganz anderen Gründen. Noch immer (und ganz ausdrücklich) geht es ihm um die Suche nach der *good society*, aber nunmehr aus der Perspektive – so will es jedenfalls scheinen – nicht der arbeitenden, sondern der „krabbelnden Klassen“ (Niejahr 2003). Die 1990er Jahre haben aus Gøsta Esping-Andersens wenn nicht einen anderen Menschen, so doch einen anderen Wohlfahrtsstaatsanalytiker werden lassen. „Ever wanted to be someone else? Now you can.“

Seither ist nicht mehr der würdevolle Abgang der Bürgerinnen und Bürger aus der Erwerbsarbeit – „for the duration that the individual deems necessary“ (Esping-Andersens 1990: 23) – angesagt, sondern der kraftvolle Zugang der Individuen zum Arbeitsmarkt gefragt – doch „[o]ur existing systems of social protection may hinder rather than promote employment growth“ (2002a: 4). Seither geht es bei ihm, wie bereits gehört, „immer [...] zuerst um die Familie“ (Niejahr 2003) oder – genauer – um die *arbeitende* Familie bzw. – noch genauer – um gegenwärtig erwerbstätige *Frauen* und zukünftig erwerbstätige *Kinder*, um Frauen und Kinder als potentiell produktive Mitglieder der *arbeitenden Gesellschaft*.

Esping-Andersens „neuer“ Wohlfahrtsstaat (vgl. kongenial auch Ferrera et al. 2000) hat dementsprechend ein strategisches Doppelziel zu verfolgen: Arbeit und Bildung. Zum einen gilt es – ganz in Übereinstimmung mit den Leitlinien der europäischen Beschäftigungspolitik – die weibliche Erwerbsquote nachhaltig zu erhöhen. Die Förderung der Frauenbeschäftigung aber ist gleichbedeutend mit der „Defamiliarisierung“ weiblicher (erzieherischer, pflegerischer, sorgender) Tätigkeiten und ihrer Überführung vom Privathaushalt in die öffentlichen Sphären markt- oder staatsförmiger Organisation. Zum anderen müssen die wohlfahrtsstaatlichen Anstrengungen mit Blick auf das Ziel „lebenslangen Lernens“ – im wahrsten Sinne des Wortes: von Kindesbeinen auf – massiv gesteigert werden. Auch hier steht „Defamiliarisierung“ auf der sozialpolitischen Agenda, wenn die verbreiteten – aber sozial ungleich verteilten – Fälle von „Familienversagen“ in Sachen Bildung und Erziehung kompensiert und allen Kindern, über mit ganz unterschiedlichen Ressourcen ausgestattete Familienhaushalte hinweg, vergleichbare Lebenschancen gewährleistet werden sollen (vgl. Esping-Andersen 2002b; Ostner 2004).

Arbeit, Bildung, Chancengleichheit: Kein Wunder, dass diese wohlfahrtsstaatliche Programmatik das von der Durchführung „unabweisbarer Reformen“ geschundene sozialdemokratische Herz höher schlagen lässt. Sie ist insbesondere von den jungen, aufstrebenden Teilen der deutschen Sozialdemokratie – in deren Verlautbarungsorgan *Berliner Republik* der intellektuelle Wachwechsel von Giddens zu Esping-Andersen von einem Heft aufs andere vollzogen wurde (vgl. Behnisch 2003; Esping-Andersen 2003) – auf der Suche nach offensiven Begründungsmustern des „Umbaus des Sozialstaats“ begierig aufgenommen worden. Und wie durch einen Zufall hat der „Erfinder“ der neuen Programmatik auch noch einen Namen, der „in seiner Skandinavität sozialdemokratischer gar nicht

klingen kann“ (Geyer 2004). Aber Vorsicht: Gøsta Esping-Andersens politischer *sex appeal* geht noch deutlich weiter, er reicht hierzulande bis weit in die GRÜN-affinen, bildungsbürgerlichen Mittelschichten hinein. Denn Gøsta Esping-Andersen ist nicht nur ein Stichwortgeber der neuen Sozialdemokratie. Der „Kinderdenker“ (ebd.) ist auch ein Freund der Frauen.

Kapitalismus mit feministischem Antlitz: Zur Soziologie der Sozialinvestition

In dem Plädoyer für Chancengleichheit in Arbeit und Bildung spiegelt sich Esping-Andersens mit der Zeit zunehmend radikalisierte Kritik am „Familialismus“ des „konservativen“ – und zumal des deutschen – Wohlfahrtsstaatsmodells. Mit seinen überkommenen Anreizmechanismen zugunsten der „Ernährerehe“ und zulasten weiblicher Erwerbstätigkeit stelle dieses eine Bremse des wirtschaftlichen Strukturwandels hin zur Dienstleistungsökonomie dar – und zugleich einen Motor der strukturellen Benachteiligung von Frauen (Esping-Andersen 1996; 1999: 60-67). Insbesondere in den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten müsse es daher künftig darum gehen, den weiblichen Teil der Bevölkerung von „falscher Arbeit“ – also von privater Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit – zu befreien. Dass die – in ihrem diskriminierungsfeindlichen Impuls entwaffnende – Kritik am „konservativen“ Wohlfahrtsstaat in progressiven Kreisen verfangt, ist nicht weiter verwunderlich. Was das rot-grüne *juste milieu* dabei allerdings verdrängt, ist die eigentlich unverkennbare Tatsache, dass der Salonfeminismus Esping-Andersens produktivistisch motiviert ist. Frauen interessieren den wohlfahrtspolitischen Vordenker nicht als der unterprivilegierte Part des modernen Geschlechterverhältnisses, sondern der ökonomischen und sozialen Erträge ihrer potentiellen Erwerbstätigkeit wegen. Diese Erwerbstätigkeit aber wird – so ist gegen

Esping-Andersen zu vermuten – in der Regel unter wenig attraktiven Bedingungen stattfinden müssen. Die postindustrielle Beschäftigungsstrategie des „neuen“ Wohlfahrtsstaats beruht ja ganz wesentlich auf dem Ausbau eines Dienstleistungssektors, der den Haushaltsführungs- und Kinderversorgungsbedarf erwerbstätiger Eltern befriedigt. Man muss weder bössartig noch Prophet sein, um davon auszugehen, dass diese neuen Dienstleistungen (a) ganz überwiegend von Frauen erbracht, (b) ganz überwiegend schlecht entlohnt und (c) – Esping-Andersens Forderung nach „guarantees against entrapment in deprivation“ (2002a: 22) in Ehren – auch ganz überwiegend zur Endstation weiblicher Erwerbskarrieren werden dürften.

Wer aus Esping-Andersens frauenfreundlichen Sirenenrufen nicht die Grundmelodie ökonomischer Rationalität (das *basso continuo* namens *it's the economy, stupid!*) heraus hören kann, wird dies partout nicht *wollen* – und diese Rationalität stattdessen beizeiten fühlen müssen. Man kann dem Soziologen jedenfalls nicht die professionstypische Unverständlichkeit seiner Botschaft vorwerfen. Vielmehr wird er hier – wie auch sonst – ganz deutlich. Natürlich sprechen auch Gerechtigkeitserwägungen für gleiche Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für Frauen. Aber der springende Punkt diesbezüglich ist doch ein anderer: „Ideological predilections aside, it should be evident to all that we cannot afford *not* to be egalitarians in the advanced economies of the twenty-first century.“ (Ebd.: 3) So also wird ein Schuh (!) aus des wissenschaftlichen Politikberaters Parteinarahme für die Frauen: Wir können uns Geschlechterungleichheit vor dem Markt schlichtweg nicht mehr leisten. Und genau dieselbe ernüchternde Realität, genau derselbe nüchterne Ökonomismus steht hinter Esping-Andersens sympathischer „Kinderdenke“: Sicher, wer würde nicht für Chancengleichheit im Bildungswesen votieren. Aber worum es wirklich geht, ist wohl eher die Tatsa-

che, dass für die gealterten Gesellschaften von morgen Schulabbrecher oder gar Analphabeten – weil zwangsläufig minder oder gar nicht produktiv – ökonomisch nicht mehr tragbar sein werden. Das Motto, welches Esping-Andersens „Why We Need a New Welfare State“ vorangestellt ist, ist diesbezüglich schlagend: „For today's children who will provide for our welfare when we are old. It is for you – and hence for ourselves – that we desire the best possible welfare state.“ Wenn das keine Kinderliebe ist.

Die *hidden agenda* der von Esping-Andersen propagierten Wohlfahrtsstaatsreform ist also in Wahrheit ziemlich offensichtlich: Es geht um Frauen und Kinder – als Investitionsgüter. Doch während sich die Kinder von heute gegen ihre fürsorgliche Belagerung nicht wehren können, muss der Zuspruch, den Esping-Andersens Programmatik selbst von Seiten als kritisch sich verstehender Sozialwissenschaftlerinnen erfährt, angesichts der den Frauen zgedachten Rolle „als Objekte der Hoffnung auf steigende Renditen“ (Ostner 2004: 215) doch verwundern. Hier zeigt sich die normative Kraft von Esping-Andersens progressiv gewendetem Produktivismus in ihrem ganzen legitimatorischen Potential: Der Visionär des „neuen Wohlfahrtsstaates“, wie vor ihm Giddens mit dem seltenen „Blick für die Lücke auf dem Markt der Ideen“ (Behnisch 2003: 78) gesegnet, liefert denen, die „so dringend nach einer Idee, einer Linie, einer Botschaft suchen, die das Reformieren erträglicher macht“ (Niejahr 2003), die ersehnte Rechtfertigung einer im Kern unpopulären Politik – einen Ökonomismus zum Wohlfühlen. Vielleicht sollte es das geeignete Publikum stutzig machen, mit welcher Selbstverständlichkeit Esping-Andersen „linke Parteien und Regierungen [...] und nebenher auch noch die Weltbank berät“ (ebd.). Womöglich klingt die Diskrepanz aber auch eklatanter als sie tatsächlich ist. Die Weltbank jedenfalls dürfte mit dem sich abzeichnenden Umbau des deutschen Sozialstaates, in Angriff genommen von

einer linken Partei und Regierung, durchaus zufrieden sein – und zugleich lässt er dänische Wohlfahrtsarchitektenherzen höher schlagen. „Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949“ (Soldt 2004) durch das vierte „Hartz-Gesetz“ geht hier Hand in Hand mit dem Beschluss eines „Tagesbetreuungsausbaugesetzes“ (vgl. FAZ 2004), die durch die Rückführung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau gesparten Mittel fließen direkt in die Schaffung eines flächendeckenden Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren. Und das im ach so „konservativen“ Wohlfahrtsstaat – wer hätte das gedacht?

Künftige Historiker und Historikerinnen werden es bei ihren Tiefenbohrungen in die Geschichte der deutschen „Sozialreform“ mit ihrer Fachkollegin Jose Harris halten und die *sozialinvestive Wende* der deutschen Sozialpolitik nicht für „richtig“ oder „falsch“ befinden, sondern als Ausdruck der Ideenwelten, Wertvorstellungen und Machtverhältnisse zu Beginn des 21. Jahrhunderts rekonstruieren – als Ausdruck einer *Programmatik der Radikalisierung des Zukunftsbezugs sozialpolitischer Intervention* zulasten des Gegenwartsbezugs sozialpolitischen Handelns. Die Erwerbslosen von heute fordern, die Erwerbstätigen von morgen fördern: das ist die kombinierte Logik von „Hartz IV“ und „Schmidt I“ (oder hat die Bundesfamilienministerin zuvor schon irgend etwas anderes initiiert?), die produktivistische Reinterpretation des wohlfahrtsstaatlichen „Generationenvertrags“, welche die historische Sozialpolitikforschung dereinst rückblickend diagnostizieren wird. Den zeitgenössischen Beobachtern und Beobachterinnen dieser sozialinvestiven Wende hingegen sollte es schwerer fallen, ihr *sine ira et studio* zu begegnen. Sie sollten diese durchaus nach historiographiefremden Maßstäben des „right or wrong“ (Harris) zu beurteilen versuchen – und damit letztlich nach Esping-Andersens eigenen Wertmaßstäben: Führt uns die neue Architektur des Sozialstaats tatsächlich „Towards the

Good Society, Once Again?“ Zweifler aller Länder, vereint Euch.

Nachtrag

In „Being John Malkovich“ endet der bewusstseinsweiternde Aufenthalt im Hirn des Schauspielers für die Reisenden nach einer Viertelstunde mit einem Sturz in den Straßengraben irgendwo am Rande des New Jersey Turnpike, wo sie völlig verdreht und derangiert landen. Ob die deutsche und europäische Sozialdemokratie weiß, worauf sie sich mit „Being Gøsta Esping-Andersen“ einlässt?

Literatur

- Behnisch, Alexej (2003): Goodbye Giddens? In diesen Tagen geht der Erfinder des Dritten Weges in Rente. Ein Porträt, in: *Berliner Republik* 5 (5), S. 76-81.
- Esping-Andersen, Gøsta (1985): *Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power*, Princeton: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1996): Welfare States without Work: the Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy, in: Gøsta Esping-Andersen (ed.), *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*, London: Sage, S. 66-87.
- Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan Lessenich; Ilona Ostner (Hrsg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt/New York: Campus, S. 19-56.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (2002a): Towards the Good Society, Once Again?, in: Gøsta Esping-Andersen; Duncan Gallie; Anton Hemerijck; John Myles, *Why We Need a New Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, S. 1-25. (Dt. Übersetzung: Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (1-2) 2004, S. 189-210.)

- Esping-Andersen, Gøsta (2002b): A Child-Centred Social Investment Strategy, in: Gøsta Esping-Andersen; Duncan Gallie; Anton Hemerijck; Myles, *Why We Need a New Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, S. 26-67.
- Esping-Andersen, Gøsta (2003): Herkunft und Lebenschancen. Warum wir eine neue Politik gegen soziale Vererbung brauchen, in: *Berliner Republik* 5 (6), S. 42-57.
- FAZ (2004): Bundesregierung beschließt Ausbau der Tagesbetreuung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15.7.2004, S. 4.
- Ferrera, Maurizio; Hemerijck, Anton; Rhodes, Martin (2000): *The Future of Social Europe: Recasting Work and Welfare in the New Economy*, Report for the Portuguese Presidency of the European Union, Oeiras: Celta Editora.
- Giddens, Anthony (1998): The social investment state, in: Anthony Giddens, *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Cambridge: Polity Press, S. 99-128.
- Geyer, Christian (2004): Kinderdenker, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9.1.2004, S. 38.
- Harris, Jose (1996): 'Contract' and 'Citizenship', in: David Marquand; Anthony Sel-
don (eds.), *The Ideas that Shaped Post-War Britain*, London: Fontana Press, S. 122-138.
- Lessenich, Stephan (2000): Soziologische Erklärungsansätze zu Entstehung und Funktion des Sozialstaats, in: Jutta Allmendinger; Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hrsg.), *Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen*, Weinheim/München: Juventa, S. 39-78.
- Mandin, Christelle; Palier, Bruno (2004): L'Europe et les politiques sociales: Vers une harmonisation cognitive des réponses nationales, in: Christian Lequesne; Yves Surel (dir.), *L'intégration européenne: entre émergence et recomposition de l'Etat*, Paris: Presses de Sciences Po [i.E.].
- Niejahr, Elisabeth (2003): Politik vom Wickeltisch, in: *DIE ZEIT* Nr. 41 vom 1.10.2003, S. 2.
- Ostner, Ilona (2004): Kinder und Frauen zuerst!? Ein Review-Essay, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (1-2) 2004, S. 211-217.
- Soldt, Rüdiger (2004): Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.6.2004, S. 3.